

Beschluss des Landesbehindertenbeirates 05/2007

UN-Konvention

Der Landesbehindertenbeirat nimmt zur Kenntnis, dass die Landesregierung sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die schnellstmögliche Ratifizierung der UN-Konvention zur Förderung und zum Schutz der Rechte und Würde von Menschen mit Behinderungen einsetzen wird (Rede der Ministerin im Landtag am 26.04.07, Plenarprotokoll 5/20, S. 1227).

Die UN-Konvention enthält eine Reihe von Herausforderungen an die Landespolitik. Der Landesbehindertenbeirat bittet die Landesregierung, ihm ihre Vorstellungen zur Umsetzung der wichtigsten Aufgaben (z. B. Barrierefreiheit, schulische Integration, freie Wahl der Wohnform durch behinderte Menschen etc.) vorzustellen.